



HESSISCHER LANDTAG

28. 08. 2012

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend mehr Radverkehr in Hessen - Radverkehrsinfrastruktur stärken

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag betont, dass zu einer Energiewende auch die Verkehrswende gehört. Der Verkehr ist in Hessen für 50 v.H. der CO₂-Emissionen (26 Mio. Tonnen (2008), inklusive internationaler Flugverkehr) verantwortlich. Um den hessischen Beitrag zum international beschlossenen Klimaschutzziel - eine Begrenzung der globalen Erwärmung auf 2 Grad Celsius - zu erreichen, müssen 30 v.H. der Emissionen im Verkehr bis 2020 im Vergleich zu 1990 eingespart werden.
2. Der Landtag sieht, dass die Verlagerung von Wegen des motorisierten Individualverkehrs auf das Fahrrad und die Füße der elementarste, billigste und sicherste Beitrag zur Vermeidung von CO₂-Emissionen im Nahverkehr ist. Der Fahrradanteil schwankt je nach Gemeinde zwischen 2 und 38 v.H. In Hessen wurden im Jahr 2008 rund 7 v.H. der Wege mit dem Fahrrad zurückgelegt, in Deutschland waren es jedoch 10 v.H. 45 v.H. der Wege unter fünf Kilometer innerorts werden immer noch mit dem Pkw durchgeführt. Das zeigt, dass erhebliche Spielräume zur Steigerung des Radverkehrsanteils in Hessen bestehen.
3. Der Landtag erkennt die Chance, durch den anhaltenden Trend zu elektrisch unterstützten Fahrrädern (E-Bikes, Pedelecs etc.) Bevölkerungsgruppen für das Verkehrsmittel Fahrrad zu gewinnen, die bisher aufgrund persönlicher Faktoren (Kraft, Ausdauer, sonstige Einschränkungen) oder der Rahmenbedingungen (Topografie, Distanz etc.) keinen Zugang zum Fahrrad gefunden haben. Gleichzeitig erhöhen sie das Einsatzspektrum klassischer Fahrräder um längere Strecken und den Transport von Gütern.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, diesen Trend zu unterstützen und die Radverkehrsförderung weiter zu erhöhen. Dazu zählen u.a. die Einrichtung von Fahrradstationen an Bahnhöfen, kommunale Förderprogramme zu einheitlichen Beschilderung der Radwege, Einrichtung von Radverkehrsbüros in den Kommunen, eine landesweite Förderstelle Radverkehr und Öffentlichkeitskampagnen.
5. Der Fortschrittsbericht 2012 der Hessischen Nachhaltigkeitsstrategie sieht einen deutlichen Nachholbedarf des Hessischen Radwegenetzes. Der Anteil der mit Radwegen versehenen Straßen am Straßennetz (Bundes-, Landes- und Kreisstraßen) lag in Hessen mit 12 v.H. deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 23 v.H. Der Landtag fordert daher die Landesregierung auf, ein Sofortprogramm zur Verbesserung der Radwegeinfrastruktur aufzulegen, um den Radwegeanteil auch im Alltagsverkehr zu erhöhen.

6. Der Landtag sieht darüber hinaus die Notwendigkeit, dass Rad-schnellwege in die Regionalplanung aufgenommen werden, um den Einsatzbereich des Fahrrades im überörtlichen Verkehr deutlich zu vergrößern und die Wegezeiten zu verkürzen. Dabei müssen insbesondere die höheren Geschwindigkeiten von Pedelecs berücksichtigt werden.
7. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, bei Planungen des überörtlichen Straßennetzes Fahrradbeiräte analog zu Fahrgastbeiräten im ÖPNV einzurichten. Die Fahrradbeiräte sollen während der Planung von Neubauvorhaben und bei Maßnahmen im Bestand (Instandhaltung, Ausbau etc.) beratend eingebunden werden. Darüber hinaus muss ihnen ein gewisses Initiativrecht zukommen, um auf Konfliktstellen und Defizite im bestehenden Netz für den Radverkehr hinweisen zu können. Der Fahrradbeirat kann der Abteilung Planung bei Hessen Mobil zugeordnet werden und sollte sich aus örtlichen Vertretern, z.B. Radverkehrsbeauftragte der betroffenen Kommunen sowie Verbänden wie ADFC und VCD, zusammensetzen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 21. August 2012

Der Fraktionsvorsitzende:
Tarek Al-Wazir